

MEINUNGSBAROMETER.INFO

DAS FACHDEBATTENPORTAL

DOKUMENTATION

FACHDEBATTE

AUF DEM WEG ZUR DIGITALEN SOUVERÄNITÄT

Wie Europa von den US-Tech-Riesen unabhängig werden kann

Die Dokumentation beinhaltet alle Positionen, ausführliche Analysen und Prognosen zu dieser Fachdebatte sowie eine übersichtliche Management Summary.

Debattenlaufzeit: 19.02.2026 - 11.09.2026

INHALTSVERZEICHNIS

DEBATTENBESCHREIBUNG	4
AKTIVE DEBATTENTEILNEHMER	5
MANAGEMENT SUMMARY	7
DEBATTENBEITRÄGE	10
DIGITALE SOUVERÄNITÄT ALS STRINGENTER, LÖSUNGSORIENTIERTER ENTWICKLUNGSPROZESS Wie Europa dabei vorankommen kann - und wo nicht übers Ziel hinaus geschossen werden sollte ALEXANDER RABE Geschäftsführer eco - Verband der Internetwirtschaft e.V.	10
VERBAND FORDERT BUY EUROPEAN OHNE ABSCHOTTUNG Warum eine Bevorzugung europäischer Lösungen nicht zu Protektionismus führen muss CHRISTIAN GERICKE Vizepräsident Bundesverband IT-Mittelstand e.V. (BITMi)	14
WAS FÜR DIGITALE SOUVERÄNITÄT ENTSCHEIDEND IST Und warum eine vollständige Autarkie ökonomisch wie technologisch wenig sinnvoll wäre PROF. DR. TOM RITTER Stellvertretender Institutsleiter Fraunhofer-Institut für Offene Kommunikationssysteme FOKUS	17
WO EUROPA BEI DER DIGITALISIERUNG STARK IST - UND WO NICHT Und welche Defizite behoben werden müssen PROF. DR. MATTHIAS C. KETTEMANN Forscher Institut für Theorie und Zukunft des Rechts, Universität Innsbruck	21
DIGITALE SOUVERÄNITÄT IST KEIN NICE TO HAVE Wie Schleswig-Holstein seine Verwaltung auf Open Source trimmt DIRK SCHRÖDTER Chef der Staatskanzlei und Digitalisierungsminister Landesregierung Schleswig-Holstein	25

**DIE VERSCHIEDENEN TECHNISCHEN SCHICHTEN DIGITALER
SOUVERÄNITÄT** **30**

**Über schon bestehende gute Regeln - und Hürden auf verschiedenen
Ebenen**

DR. THOMAS WENINGER

Generalsekretär | Österreichischer Städtebund

**WIE THÜRINGEN DEN WEG ZUR WEITGEHENDEN DIGITALE
SOUVERÄNITÄT SUCHT** **34**

**Über die Thüringer Verwaltungscloud und andere Alternativen zu den
US-Konzern-Lösungen**

STEFFEN SCHÜTZ

Minister für Digitales und Infrastruktur | Landesregierung Thüringen

IMPRESSUM **38**

DEBATTENBESCHREIBUNG



INITIATORIN

DIPL.- JOURN. NIKOLA MARQUARDT

Founder & Herausgeberin

Meinungsbarometer.info

AUF DEM WEG ZUR DIGITALEN SOUVERÄNITÄT

Wie Europa von den US-Tech-Riesen unabhängig werden kann

Die EU will ihre digitale Souveränität vorantreiben. Das EU-Parlament hat sich damit befasst und die EU-Kommission hat Vorschläge dazu vorgelegt. In Verwaltungen vor Ort gibt es bereits beispielhafte Entwicklungen

Als ein wichtiges Element auf dem Weg gilt etwa die Privilegierung europäischer Anbieter bei der Beschaffung. Auch Open-Source-Lösungen könnten bei der Infrastruktur eine Schlüsselrolle spielen. Als Gefahr sehen Experten dagegen sogenanntes „Souveränitäts-Washing“ durch US-Tech-Riesen mit Lösungen in der EU.

In unserer Fachdebatte erklären Expertinnen und Experten, wie sie die Chancen für eine europäische Souveränität bei der Digitalisierung sehen. Auch welcher Zeithorizont dabei realistisch ist, kommt zur Sprache. Und sie zeigen einzelne Best-Practise-Cases.

AKTIVE DEBATTENTEILNEHMER



CHRISTIAN GERICKE

Vizepräsident

Bundesverband IT-Mittelstand e.V. (BITMi)



PROF. DR. MATTHIAS C. KETTEMANN

Forscher

Institut für Theorie und Zukunft des Rechts, Universität
Innsbruck



ALEXANDER RABE

Geschäftsführer

eco - Verband der Internetwirtschaft e.V.



PROF. DR. TOM RITTER

Stellvertretender Institutsleiter

Fraunhofer-Institut für Offene Kommunikationssysteme
FOKUS



DIRK SCHRÖDTER

Chef der Staatskanzlei und Digitalisierungsminister

Landesregierung Schleswig-Holstein



STEFFEN SCHÜTZ

Minister für Digitales und Infrastruktur
Landesregierung Thüringen



DR. THOMAS WENINGER

Generalsekretär
Österreichischer Städtebund

MANAGEMENT SUMMARY

11.09.2026 | SUMMARY

WIE EUROPA DIGITAL SOUVERÄN WIRD

Und wie viel Unabhängigkeit wichtig und sinnvoll ist



Nikola Marquardt - Founder & Herausgeberin, Meinungsbarometer.info [Quelle: Meinungsbarometer.info]

Mehr digitale Souveränität - das ist das Ziel in der EU. Die EU-Kommission hat Vorschläge dazu vorgelegt und will etwa auf eine Privilegierung europäischer Anbieter bei der Beschaffung und Open-Source-Lösungen setzten. In der Debatte auf Meinungsbarometer.info verweist Alexander Rabe vom eco - Verband der Internetwirtschaft allerdings auf die internationale Vernetzung als DNA des Internets. Daher ist der Begriff „Unabhängigkeit“ als Schlagwort für ihn eher ungeeignet, um in der Diskussion über digitale Souveränität einen Nutzen zu stiften. Digitale Souveränität bedeute nicht, alles selbst zu entwickeln oder vollständig unabhängig von Dritten zu agieren. Stattdessen sollten Unternehmen und Verwaltungen in der Lage sein, technologiebezogene Entscheidungen selbstbestimmt auf der Grundlage von klaren Verhältnissen in einem offenen Markt zu treffen. „Dazu gehören dann eben Wahlfreiheit, Wettbewerb und der Zugang zu leistungsfähigen digitalen Infrastrukturen.“ Man brauche dafür einen Plan, in welchen Bereichen Europas Stärken zu fördern seien und

einen mittelfristigen Zeithorizont, in dem eigene Kompetenzen aufgebaut werden können, regulatorische und bürokratische Hürden abgebaut werden, ohne internationale Wertschöpfungsketten grundsätzlich infrage zu stellen.

Für Christian Gericke vom Bundesverband IT-Mittelstand (BITMi) wäre eine Priorisierung europäischer Lösungen sinnvoll, ohne sich dabei jedoch abzuschotten und außereuropäische Produkte kategorisch auszuschließen. „Bei vergleichbarem Leistungsumfang sollte grundsätzlich das Produkt bevorzugt werden, das vollständig europäischem Recht unterliegt und dieses konsequent umsetzen kann.“ Dieser Vorstoß ist für Gericke keinesfalls der erste Schritt zum Protektionismus – vielmehr schaffe er Aufmerksamkeit und Aufträge für europäische Produkte, die zu lange im Schatten der Tech-Giganten gestanden haben.

In einzelnen Verwaltungen geht man den Weg zu mehr Souveränität. Dirk Schrödter, Digitalisierungsminister in Schleswig-Holstein, berichtet in seinem Land von Open Source Lösungen, auf die ein wesentlicher Teil der eingesetzten IT-Lösungen migriert sei. So sei der Umstieg von Microsoft Office zu LibreOffice und die vollständige Migration von Microsoft Exchange und Outlook auf Open-Xchange und Thunderbird mit mehr als 44.000 Postfächern sowie 110 Millionen E-Mails und Kalendereinträgen erfolgt. Er betont: „Digitale Souveränität ist nur und ausschließlich mit der Nutzung von Open-Source-Lösungen erreichbar.“

Laut dem Thüringer Digitalminister Steffen Schütz hat der Freistaat als erstes Bundesland eine eigene Verwaltungscloud auf Basis von Open-Source-Software Open-Stack aufgebaut und in Betrieb genommen. Die Thüringer Verwaltungscloud ThVC, die teilweise auch für die Kommunen nutzbar sei, laufe zudem in einem landeseigenen Rechenzentrum. Und er sagt: „Thüringen setzt seit vielen Jahren erfolgreich auf bewährte Open-Source-Lösungen, die zentral im Thüringer Landesrechenzentrum betrieben werden.“

Für Österreich bezeichnet Dr. Thomas Weninger, Generalsekretär des Städtebunds, es als wichtiges und richtiges Ziel, die digitale Abhängigkeit zu reduzieren. Allerdings

müsse man die verschiedenen technischen Schichten digitaler Souveränität betrachten. „Im Bereich von Betriebssystemen, Software und Betriebsszenarien - damit meine ich insbesondere Cloud Computing in den verschiedensten Ausprägungen - könnte eine weitgehende Unabhängigkeit gelingen.“ Das beweisen öffentliche Einrichtungen wie das Bundesministerium für Landesverteidigung aus seiner Sicht. Die größte Hürde sind für ihn nicht die Software und deren Funktionsumfang, sondern die Nutzerinnen und Nutzer, für die ein Umstieg auch ein Umdenken und Umlernen bedeutet.

Für Prof. Dr. Matthias C. Kettemann von der Universität Innsbruck kann heute kein Mensch, kein Unternehmen, kein Staat so richtig unabhängig in der digitalen Welt von heute werden. Das wäre aus seiner Sicht ökonomisch unrealistisch, technologisch ineffizient und politisch auch nicht wünschenswert. Er formuliert als Ziel vielmehr, unabhängiger zu werden, also die Prinzipien der digitalen Souveränität hochzuhalten. „Dazu muss die EU ihre digitale Handlungsfähigkeit ausbauen, bessere europäische Clouds entwickeln, datenschutzsensible Apps aus europäischer Herkunft fördern, Open Source-Produkte und -Projekte fördern.“ Doch Europa sei stark bei Regulierung, Datenschutz, Marktordnung, Standardsetzung und institutioneller Vertrauensbildung - dagegen deutlich schwächer bei großen Clouds, Plattformkapital, Halbleitersegmenten und Teilen des KI-Stacks.

Auch Prof. Dr. Tom Ritter vom Fraunhofer-Institut für Offene Kommunikationssysteme FOKUS sieht nicht Abschottung als Ziel - nicht „Europa um jeden Preis“, sondern „Europa, wo es strategisch erforderlich, rechtlich belastbar und technisch realistisch umsetzbar ist“. Die technische Realität sei nun einmal durch internationale Wertschöpfung, offene Netze und globale Standards geprägt. Es gehe also nicht darum, sich aus Abhängigkeit vollständig zu lösen, sondern darum, Abhängigkeiten so zu gestalten, dass staatliche und organisatorische Handlungsfähigkeit erhalten bleibt. Sein Fazit lautet: „Digitale Souveränität ist daher auch kein binärer Zustand, der einmal erreicht wird, sondern ein andauernder Prozess, um technologische, politische, wirtschaftliche sowie rechtliche Dimensionen auszutarieren.“

DEBATTENBEITRAG

24.02.2026 | INTERVIEW

DIGITALE SOUVERÄNITÄT ALS STRINGENTER, LÖSUNGSORIENTIERTER ENTWICKLUNGSPROZESS

Wie Europa dabei vorankommen kann - und wo nicht übers Ziel hinaus geschossen werden sollte



Alexander Rabe - Geschäftsführer, eco - Verband der Internetwirtschaft e. V. [Quelle: eco]

"Die Chancen für Europa im Wettbewerb des Ökosystems digitaler Infrastrukturen und Anwendungen mitzuhalten und wieder aufzuholen sind grundsätzlich vorhanden", erklärt Alexander Rabe vom Verband eco. Er nennt Bedingungen dafür und auch, was nicht passieren sollte.

Die EU will und soll digital unabhängig werden. Wie sehen Sie die Chancen dafür und in welchem Zeithorizont?

Die DNA des Internet war und ist international und vernetzt. Daher ist der Begriff „Unabhängigkeit“ als Schlagwort eher ungeeignet, um in der Diskussion über digitale

Souveränität einen Nutzen zu stiften. Digitale Souveränität bedeutet aus Sicht der Internetwirtschaft zunächst einmal nicht, alles selbst zu entwickeln oder vollständig unabhängig von Dritten zu agieren. Wahlfreiheit zu schaffen und eine bewusste Steuerungsfähigkeit herzustellen also die Möglichkeit, technologischeinseitige und als potenziell kritisch eingestufte Abhängigkeiten zu erkennen, zu bewerten und aktiv zu gestalten.

Eine digitale Souveränität Europas darf daher auch nicht von kurzfristigem politischem oder unternehmerischem Aktionismus geprägt sein, sondern muss als stringenter, lösungsorientierter Entwicklungsprozess angelegt werden. Digitale Souveränität bedeutet dabei nicht, dass alle Lösungen komplett von Europäischen Unternehmen allein entwickelt und betrieben werden sollen. Dies würde in digitale Abschottung münden, die sicherlich wiederum mit Lock-In Effekten verbunden wäre.

Digitale Souveränität bedeutet aus Sicht der Internetwirtschaft, dass Unternehmen und Verwaltungen in der Lage sind, technologiebezogene Entscheidungen selbstbestimmt auf der Grundlage von klaren Verhältnissen in einem offenen Markt zu treffen. Dazu gehören dann eben Wahlfreiheit, Wettbewerb und der Zugang zu leistungsfähigen digitalen Infrastrukturen.

Die Chancen für Europa im Wettbewerb des Ökosystems digitaler Infrastrukturen und Anwendungen mitzuhalten und wieder aufzuholen sind grundsätzlich vorhanden, wenn regulatorische Vorgaben innovationsfreundlich und konsequent technologieoffen ausgestaltet werden. Dazu zählen insbesondere Cloud- und Dateninfrastrukturen, Künstliche Intelligenz, Cybersicherheit und leistungsfähige Netze. Entscheidend ist, dass der europäische Binnenmarkt gestärkt wird und Innovationen nicht durch übermäßige Regulierung oder auch Abschottung gehemmt werden.

Auf dem Weg zur digitalen Souveränität im Sinne wie beschrieben braucht es also zunächst einen Plan, in welchen Bereichen wir Europas Stärken fördern wollen. Hierfür ist ein mittelfristiger Zeithorizont realistisch, in dem eigene Kompetenzen aufge-

baut werden können, regulatorische und bürokratische Hürden abgebaut werden ohne internationale Wertschöpfungsketten grundsätzlich infrage zu stellen, denn wie eingangs beschrieben: Die DNA des Internet war und ist international und vernetzt.

Als ein wichtiges Element gilt die Privilegierung europäischer Anbieter bei der Beschaffung. Welche Regeln halten Sie hier für sinnvoll?

Eine pauschale Bevorzugung europäischer Anbieter in der öffentlichen Beschaffung ist aus Sicht der Internetwirtschaft nicht zielführend. Digitale Souveränität entsteht nicht durch Herkunftsvorgaben, sondern durch funktionale Kriterien. Öffentliche Ausschreibungen sollten sich an sachlichen Anforderungen orientieren und technologieoffen gestaltet sein. Relevant sind dabei unter anderem Interoperabilität, Sicherheitsstandards, Datenschutz und -lokalisierung, Transparenz von Lieferketten sowie die Möglichkeit, Systeme flexibel weiterzuentwickeln.

Sinnvoll ist es, Aspekte digitaler Souveränität als qualitative Kriterien anlassbezogen und nachvollziehbar in Vergabeverfahren zu berücksichtigen, ohne den Wettbewerb künstlich einzuschränken. Entscheidend ist die Frage, was ein Unternehmen oder eine Behörde tatsächlich für die jeweiligen Zwecke benötigen. So kann sichergestellt werden, dass öffentliche Stellen leistungsfähige, sichere und zukunftsfähige Lösungen erhalten, während gleichzeitig Innovation und Marktdynamik erhalten bleiben. Starre Quoten oder Ausschlusskriterien würden hingegen das Risiko bergen, Innovationspotenziale zu begrenzen und Kosten zu erhöhen.

Open-Source-Lösungen können bei der Infrastruktur eine Schlüsselrolle spielen. Wie sehen Sie das?

Open-Source-Software kann einen Beitrag zur digitalen Souveränität leisten. Sie ermöglicht es Anwendern, Software unabhängig von einzelnen Anbietern zu prüfen, anzupassen und weiterzuentwickeln. Dadurch können Abhängigkeiten reduziert und technologische Wahlfreiheit gestärkt werden.

Gleichzeitig ist Open Source kein Selbstläufer. Entscheidend ist, dass offene Kompo-

nenten professionell betrieben, regelmäßig gewartet und in sichere Gesamtarchitekturen integriert werden. Sicherheitsanforderungen, Haftungsfragen und langfristiger Support müssen von Anfang an mitgedacht werden. Gleichzeitig muss Unternehmen bewusst sein, dass Open Source – Anwendungen in der Implementierung teuer und aufwendig sind. In Verbindung mit tragfähigen Geschäftsmodellen und klaren Verantwortlichkeiten kann Open Source, abhängig von den zu erwartenden Kosten und dem erhofften Nutzen, einen Beitrag zu modernen digitalen Infrastrukturen in Europa leisten.

DEBATTENBEITRAG

26.02.2026 | INTERVIEW

VERBAND FORDERT BUY EUROPEAN OHNE ABSCHOTTUNG

Warum eine Bevorzugung europäischer Lösungen nicht zu Protektionismus führen muss



Christian Gericke - Vizepräsident, Bundesverband IT-Mittelstand e.V. (BITMi) [Quelle: BITMi]

"Ob Europa digital unabhängig werden kann, wird sich in diesem Jahr entscheiden" prognostiziert Christian Gericke vom Bundesverband IT-Mittelstand. Er erklärt, wo Europa dabei steht und worauf es jetzt ankommt.

Die EU will und soll digital unabhängig werden. Wie sehen Sie die Chancen dafür in welchem Zeithorizont?

Ob Europa digital unabhängig werden kann, wird sich in diesem Jahr entscheiden. Die EU verfügt bereits heute über viele der notwendigen Voraussetzungen. Das Bewusstsein für digitale Souveränität ist in Politik und Gesellschaft gewachsen und es gibt

leistungsfähige, qualitativ hochwertige IT-Lösungen europäischer Entwicklung, die dem europäischen Rechtsrahmen vollständig unterliegen.

Andererseits zeigen die Debatte über „Buy European“, die inkonsequente Durchsetzung europäischen Rechts und politischer Zusagen sowie der Mangel an verbindlicher Gesetzgebung, dass der politische Wille zu tatsächlicher Souveränität teilweise noch immer fehlt. Angesichts der sich zuspitzenden geopolitischen und wirtschaftlichen Lage wird sich im Jahr 2026 zeigen, ob es Deutschland und Europa gelingt, technologische Unabhängigkeit und Resilienz aufzubauen – vor allem in der IT-Infrastruktur von Staat und Wirtschaft.

Als ein wichtiges Element gilt die Privilegierung europäischer Anbieter bei der Beschaffung - welche Regeln halten Sie hier für sinnvoll?

Die öffentliche Beschaffung ist ein zentraler Hebel, um die digitale Souveränität wirksam zu stärken. Sie kann gleichzeitig die Resilienz von Staat und Verwaltung erhöhen und die europäische Digitalwirtschaft gezielt fördern. Eine „Buy European“-Regelung könnte sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene der zentrale Mechanismus sein, um faire Wettbewerbsbedingungen mit amerikanischen Anbietern zu schaffen.

Aus unserer Sicht wäre eine Priorisierung europäischer Lösungen sinnvoll, ohne sich dabei jedoch abzuschotten und außereuropäische Produkte kategorisch auszuschließen. Bei vergleichbarem Leistungsumfang sollte grundsätzlich das Produkt bevorzugt werden, das vollständig europäischem Recht unterliegt und dieses konsequent umsetzen kann. Dieser Vorstoß ist keinesfalls der erste Schritt zum Protektionismus – die Zusammenarbeit mit Partnern im inner- und außereuropäischen Ausland ist für die IT-Wirtschaft weiterhin von zentraler Bedeutung. Vielmehr schafft er Aufmerksamkeit und Aufträge für europäische Produkte, die zu lange im Schatten der Tech-Giganten gestanden haben.

Open-Source-Lösungen können bei der Infrastruktur eine Schlüsselrolle spielen - wie sehen Sie das?

Europa verfügt über zahlreiche innovative und leistungsfähige Open-Source-Lösungen, die einen wichtigen Beitrag zur digitalen Infrastruktur leisten können. Gleichzeitig gibt es ebenso starke proprietäre Angebote, die einen bedeutenden Teil des europäischen IT-Marktes ausmachen.

Eine einseitige Festlegung auf ein bestimmtes Lizenzmodell oder eine ideologiegetriebene Diskussion wäre daher nicht zielführend. Denn Digitale Souveränität entsteht durch Vielfalt, Wettbewerb und Wahlfreiheit. Um dieses Ziel zu erreichen, sollten wir die gesamte Bandbreite der europäischen Digitalwirtschaft nutzen – unabhängig vom Lizenzmodell.

Als Gefahr sehen Experten sogenanntes „Souveränitäts-Washing“ durch US-Tech-Riesen mit Lösungen in der EU. Was sagen Sie dazu?

Tatsächlich beobachten wir, dass „Digitale Souveränität“ mehr und mehr zum leeren Marketingbegriff von primär großen US-Anbietern wird, um angesichts der Bewegung für mehr technologische Unabhängigkeit keine Marktanteile zu verlieren. Auch werden US-Angebote oft als souverän bezeichnet, wenn deutsche Unternehmen im Angebotsportfolio mit involviert werden.

Echte digitale Souveränität setzt Anbieter voraus, die konsequent europäischem Recht unterliegen und Datensouveränität strukturell in ihrem Geschäftsmodell verankern. Unternehmen, die übergeordnet US-Gesetzen wie dem Cloud Act unterstehen, können diese Anforderungen systembedingt nicht vollständig erfüllen. Hier braucht es klare Kriterien und Transparenz, damit politische und wirtschaftliche Entscheidungen nicht auf bloßen Versprechen, sondern auf belastbaren Rahmenbedingungen basieren. Das schützt die Industrie und die Verbraucher.

DEBATTENBEITRAG

24.03.2026 | INTERVIEW

WAS FÜR DIGITALE SOUVERÄNITÄT ENTSCHIEDEND IST

Und warum eine vollständige Autarkie ökonomisch wie technologisch wenig sinnvoll wäre



Prof. Dr. Tom Ritter - Stellvertretender Institutsleiter, Fraunhofer-Institut für Offene Kommunikationssysteme FOKUS [Quelle: Philipp Plum / Fraunhofer FOKUS]

Digitale Souveränität ist für Prof. Dr. Tom Ritter vom Fraunhofer-Institut für Offene Kommunikationssysteme FOKUS "kein binärer Zustand, der einmal erreicht wird, sondern ein andauernder Prozess, um technologische, politische, wirtschaftliche sowie rechtliche Dimensionen auszutarieren". Er sagt, worauf es kurz- und langfristig ankommt.

Die EU will und soll digital unabhängig werden. Wie sehen Sie die Chancen dafür in welchem Zeithorizont?

Bei der digitalen Unabhängigkeit bzw. Souveränität geht es vor allem um selbstbe-

stimmte Kontrolle über den Einsatz digitaler Ressourcen. Eine vollständige Autarkie wäre ökonomisch wie technologisch wenig sinnvoll und würde eher neue Abhängigkeiten erzeugen. Ziel ist nicht Abschottung, nicht „Europa um jeden Preis“, sondern „Europa, wo es strategisch erforderlich, rechtlich belastbar und technisch realistisch umsetzbar ist“. Die technische Realität ist nun einmal durch internationale Wertschöpfung, offene Netze und globale Standards geprägt. Es geht also nicht darum, sich aus Abhängigkeit vollständig zu lösen, sondern darum, Abhängigkeiten so zu gestalten, dass staatliche und organisatorische Handlungsfähigkeit erhalten bleibt. Digitale Souveränität ist daher auch kein binärer Zustand, der einmal erreicht wird, sondern ein andauernder Prozess, um technologische, politische, wirtschaftliche sowie rechtliche Dimensionen auszutarieren. Der Zeithorizont bemisst sich daher weniger in festen Jahren als an der nachhaltigen Umsetzung über Legislatur und Projektzyklen hinweg.

Kurzfristig stehen verbindliche Anforderungen an Interoperabilität, Sicherheit und transparente Betriebsmodelle sowie tragfähige Partnerschaften zwischen Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Forschung im Fokus. Erste Anwendungen – etwa interoperable Datenmanagementplattformen – können Akzeptanz schaffen und weitere Open Source Nutzung vorbereiten. Mittelfristig müssen diese Prinzipien dann in belastbare Infrastrukturen übersetzt werden, etwa in föderierte Datenräume, resiliente Kommunikationsnetze oder transparente KI Systeme. Langfristig entscheidet sich Souveränität letztlich daran, ob Europa eigenes Architektur , Standard und Systemwissen dauerhaft in Betrieb und Governance verankern kann.

Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein, damit ein Transfer souveräner Technologien in die europäische Anwendung gelingt – und welche Rolle spielt dabei die Privilegierung europäischer Anbieter?

Für den erfolgreichen Transfer ist weniger entscheidend, wo eine Technologie entwickelt wurde, sondern wie sie gebaut, integriert und betrieben werden kann. Digitale Souveränität entsteht auf Ebene von System und Architekturentscheidungen: Lösungen müssen modular aufgebaut, interoperabel integrierbar und über ihren

gesamten Lebenszyklus betreibbar sein. Dazu gehören offene Standards, dokumentierte Schnittstellen, klare Daten Governance sowie Security by Design inklusive Update , Patch und Exit Szenarien.

Eine privilegierende Beschaffung europäischer Anbieter kann unterstützend wirken – allerdings nur, wenn sie nicht nur auf die formale Herkunft abzielt, sondern auf nachprüfbare Souveränitätskriterien wie Offenheit, Interoperabilität, Austauschbarkeit und transparente Betriebskosten.

Und: Wenn Firmen und Organisationen europäische Werte umsetzen, indem sie offene und interoperable Lösungen erzeugen, die z. B. den Lock-in Effekt verringern, dann muss das für sie auch finanziell attraktiv sein. Entscheidend ist daher, Innovations und Anschlussfähigkeit zu fördern, Wirtschaftlichkeit sicherzustellen und keine neuen geschlossenen Ökosysteme zu etablieren. Die öffentliche Hand kann hier als Ankerkunde frühe Märkte und Referenzanwendungen schaffen. Am Ende wird es aber nur mit einem gemeinsamen Commitment – sowohl von regulatorischer Seite als auch von Seite der Anwender – gehen.

Open Source Lösungen können bei der Infrastruktur eine Schlüsselrolle spielen – wie sehen Sie das?

Open Source ist kein Allheilmittel, aber ein zentraler Baustein digitaler Souveränität. Open Source ermöglicht Transparenz, Prüfbarkeit und Anpassungsfähigkeit – Eigenschaften, die für Vertrauen und Kontrolle, besonders auch im öffentlichen Sektor, relevant sind. Organisationen können damit nachvollziehen, wie Systeme funktionieren und wie sicherheitsrelevante Mechanismen umgesetzt sind.

Gleichzeitig gilt: Quellcode allein macht noch nicht souverän. Wer Open Source lediglich nutzt, ohne sich an Communities und Weiterentwicklung zu beteiligen, riskiert neue Abhängigkeiten. Wer hingegen aktiv mitwirkt, baut technisches Wissen, institutionelle Kompetenz und somit echte Wahlfreiheit auf. Wir setzen deshalb als Forschungsinstitut gezielt auf den Aufbau und die Pflege von Open Source Communities,

etwa im Rahmen der Eclipse Foundation, in der Fraunhofer strategisches Mitglied ist. Die transparente Governance und kollektive Verantwortung, die wir dort verankert haben – beispielsweise bei der Umsetzung des EU Cyber Resilience Act – sind wesentliche Bestandteile von Open Source. Fehlen solche partizipativen Strukturen, bleibt das Potenzial von Open Source weitgehend ungenutzt oder führt zu anderen, verdeckten Abhängigkeiten.

Als Gefahr sehen Experten sogenanntes „Souveränitäts Washing“ durch US Tech Riesen mit Lösungen in der EU. Was sagen Sie dazu?

Das Risiko von Souveränitäts Washing entsteht nicht nur durch Marketing, sondern auch durch eine verkürzte Definition von Souveränität. Wenn Label wie „Rechenzentrum in der EU“ oder ein formaler Open Source Verweis als ausreichend gelten, kann technisch fremdkontrollierte Infrastruktur leicht als souverän erscheinen, ohne es real zu sein.

Um dem entgegenzuwirken, sollte man Souveränität anhand von relevanten Kriterien betrachten. Das könnten unter anderem offene Schnittstellen, Kontrolle über Identitäten und Schlüssel, dokumentierte Softwareabhängigkeiten, realistische Exit Optionen sowie belastbare Betriebs- und Governance Modelle sein. Hier können gerade lösungsunabhängige und politisch neutrale Forschungsinstitute wichtige Orientierung und Unterstützung geben – z. B. durch Referenzarchitekturen, Evaluationsmethoden und Testumgebungen.

DEBATTENBEITRAG

26.03.2026 | INTERVIEW

WO EUROPA BEI DER DIGITALISIERUNG STARK IST - UND WO NICHT

Und welche Defizite behoben werden müssen



Prof. Dr. Matthias C. Kettemann - Institut für Theorie und Zukunft des Rechts, Universität Innsbruck [Quelle: Birgit Pichler]

"So richtig "unabhängig" kann in der digitalen Welt von heute kein Mensch, kein Unternehmen, kein Staat werden", konstatiert Prof. Dr. Matthias C. Kettemann von der Universität Innsbruck. Er erklärt auch, worauf bei Digitaler Souveränität besonders zu achten ist.

Die EU will und soll digital unabhängig werden. Wie sehen Sie die Chancen dafür in welchem Zeithorizont?

So richtig "unabhängig" kann in der digitalen Welt von heute kein Mensch, kein Unternehmen, kein Staat werden. Das wäre ökonomisch unrealistisch, technologisch

ineffizient und politisch auch nicht wünschenswert. Das Ziel sollte vielmehr werden, unabhängiger zu werden, also die Prinzipien der digitalen Souveränität hochzuhalten. Dazu muss die EU ihre digitale Handlungsfähigkeit ausbauen, besseren europäische Clouds entwickeln, datenschutzsensible Apps aus europäischer Herkunft fördern, Open Source-Produkte und -Projekte fördern. Mittelfristig will (und muss) Europa in zentralen digitalen Infrastrukturen so aufgestellt sein, dass es seine politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Prioritäten auch dann durchsetzen kann, wenn außereuropäische Anbieter ausfallen, Druck ausüben oder anderen rechtliche oder ethische Prioritäten haben. Gerade das macht es aber schwierig: Europa ist stark bei Regulierung, Datenschutz, Marktordnung, Standardsetzung und institutioneller Vertrauensbildung. Europa ist deutlich schwächer bei großen Clouds, Plattformkapital, Halbleitersegmenten und Teilen des KI-Stacks.

Große US-Unternehmen dominieren weiterhin große Teile der relevanten Software-Schichten. Dass 2026 mit Schleswig-Holstein zum ersten Mal ein Land auf Open Source umgestellt hat, ist zwar begrüßenswert, aber dennoch ernüchternd. Dass dies möglich ist, wussten wir schon lange. Aber warum wollte es bisher niemand? Realistisch sollte die EU zunächst einmal ehrlich alle technologischen Abhängigkeiten sichtbar machen, Beschaffung umstellen, Interoperabilität stärken und Lock-in reduzieren. Danach können in einzelnen Bereichen tragfähige europäische Alternativen entstehen, etwa bei Verwaltungsclouds, Datenräumen, Identitätsinfrastrukturen oder sektorspezifischen Plattformen. Eine wirklich robuste europäische Souveränität über alle kritischen "digital layers" hinweg ist aber eher ein Langfristprojekt.

Als ein wichtiges Element gilt die Privilegierung europäischer Anbieter bei der Beschaffung - welche Regeln halten Sie hier für sinnvoll?

Ich halte wenig von pauschalen Herkunftsprivilegien; deren Abschaffung war ein zentraler Erfolg des globalen WTO-Regimes und der innereuropäischen Regeln.

„Europäisch“ ist weder technisch noch rechtlich automatisch souverän, und „nicht-europäisch“ ist nicht per se unsicher. Sinnvoll ist daher keine einfache Nationalitäts-

logik, sondern eine souveränitätsbezogene Beschaffungslogik. Die entscheidende Frage lautet nicht: Wo sitzt der Anbieter? Sondern: Wer kontrolliert die kritischen Funktionen tatsächlich – rechtlich, technisch, organisatorisch und wirtschaftlich? Machen wir uns souveräner oder machen wir uns abhängiger? Und Beispiele wie der französische IStGH-Richter, der wegen Sanktionen von Trump sein Google-Konto und sein Microsoft-Office nicht mehr benutzen kann, zeigen auf, was möglich ist. Warum sollten wir verstärkt achten: offene Standards, Datenportabilität, nachweisbare Exit-Fähigkeit, Auditierbarkeit, transparente Unterauftragnehmerstrukturen, sichere Schlüsselverwaltung, klare Zuständigkeiten bei Problemen und Schutz vor außereuropäischem Durchworaufgriff.

Open-Source-Lösungen können bei der Infrastruktur eine Schlüsselrolle spielen - wie sehen Sie das?

Open Source ist für digitale Souveränität zentral, aber nicht als eierlegende Wollmilchsaue. Der größte Vorteil ist nicht, dass Software „gratis“ wäre, sondern dass sie prüfbar, anpassbar, teilbar und weiterentwickelbar ist. Open Source ist daher eine Emanzipationssoftware und die Entscheidung dafür sollten allen Einrichtungen einfach fallen.

Für den Staat ist das strategisch auch relevant: Wer auf offene Software setzt, kann eher kooperativ entwickeln, Komponenten wiederverwenden, Anbieter wechseln und Sicherheitsprüfungen unabhängiger organisieren. Genau deshalb stärkt die EU aktuell auch das Open-Source-Ökosystem im öffentlichen Sektor, deswegen werden Open Source Lösungen auch bei dem im Medienstaatsvertrag angedachten Kommunikationsplattformen der Öffentlich-rechtlichen Medien empfohlen. Aber Open Source fällt nicht vom Himmel: Die EU - und Deutschland - müssen OS Projekte stärker unterstützen. OS muss Standard werden und jedes abweichen sollte eine gute Begründung brauchen (open by default).

Als Gefahr sehen Experten sogenanntes „Souveränitäts-Washing“ durch US-Tech-Riesen mit Lösungen in der EU. Was sagen Sie dazu?

Diese Gefahr ist real – und sie ist wahrscheinlich größer, je stärker „digitale Souveränität“ politisch aufgeladen wird. Denn je attraktiver das Label ("data stays in Europe"), desto größer der Anreiz, vorhandene Produkte einfach umzudekorieren. Ein Rechenzentrum in Europa, eine Tochtergesellschaft in der EU oder ein neuer Produktname machen ein Angebot noch nicht souverän. Datenlokalisierung ist nicht dasselbe wie Macht über Daten. Solange Firmen Verbindungen zu den USA haben (und das haben alle großen) sind sie verwundbar, weil das US-Recht den Geheimdiensten Zugriffsmöglichkeiten einräumt.

Aktuell sind Verweise amerikansicher Unternehmen darauf, dass sie europäische Lösungen für europäische Kunden anbieten, mehr Marketing als Machtverschiebung.

DEBATTENBEITRAG

31.03.2026 | INTERVIEW

DIGITALE SOUVERÄNITÄT IST KEIN NICE TO HAVE

Wie Schleswig-Holstein seine Verwaltung auf Open Source trimmt



Dirk Schrödter - Digitalisierungsminister und Chef der Staatskanzlei, Schleswig-Holstein [Quelle: Schleswig-Holstein]

"Ich kann es gar nicht oft genug betonen: Digitale Souveränität ist nur und ausschließlich mit der Nutzung von Open-Source-Lösungen erreichbar", erklärt Schleswig-Holsteins Digitalisierungsminister Dirk Schrödter (CDU). Er zeigt, wie das Land einen wesentlichen Teil der eingesetzten IT-Lösungen auf Open Source Lösungen migriert hat - und wo die Herausforderungen dabei lagen und liegen.

Ihr Bundesland gilt als Vorreiter in Sachen Digitaler Souveränität - welche Erfahrungen haben Sie mit der Umstellung auf Tech-Riesen-unabhängige Systeme gemacht?

Wir haben auf Landesebene einen wesentlichen Teil unserer eingesetzten IT-Lösungen

auf Open Source Lösungen migriert, aber wir sind noch nicht ganz am Ziel. Ein vergleichbares Projekt hat es europaweit noch nicht gegeben. Auch aus diesem Grunde war und ist die Motivation bei allen Beteiligten, bei Herstellern der offenen Lösungen, unserem IT-Dienstleister und insbesondere bei unseren Mitarbeitenden, von Beginn an groß, an diesem Ziel Schritt für Schritt gemeinsam zu arbeiten. Die Zusammenarbeit zwischen Herstellern und Dienstleister ist hervorragend. Auf unserem Weg haben wir daher mehrere Meilensteine erfolgreich umgesetzt, darunter den Umstieg von Microsoft Office zu LibreOffice sowie die vollständige Migration von Microsoft Exchange und Outlook auf Open-Xchange und Thunderbird mit mehr als 44.000 Postfächern sowie 110 Millionen E-Mails und Kalendereinträgen.

Der Prozess des Open-Source-Umstiegs in Schleswig-Holstein hat einen mehrjährigen Vorlauf. Wir haben frühzeitig begonnen, umfangreiche Gespräche mit Herstellern zu führen und Tests mit Open-Source-Produkten vorzunehmen. Schnell stellte sich heraus, dass eine Umstellung technisch machbar ist. Die Funktionalitäten sind alle da. Denn: Wir haben dabei das Rad nicht neu erfunden, sondern greifen auf millionenfach in der Praxis erfolgreich etablierte Open-Source-Lösungen von hochprofessionellen deutschen und europäischen Unternehmen zurück – zum Beispiel Nextcloud, Univention, oder Open-Xchange. Die Lösungen werden auf unsere verwaltungsspezifischen Bedürfnisse angepasst. Das erleichtert den Umstieg.

Insofern ging es neben neben der technischen Umstellung vor allem darum, diesen Prozess durch ein umfassendes Change Management zu begleiten. Dies ist im gesamten Migrationsprozess fest mit eingeplant, aber an manchen Stellen auch herausfordernd. Viele Mitarbeitende haben 20 oder 30 Jahre lang mit den Microsoft-Lösungen gearbeitet. Da fällt der Umstieg nicht immer leicht. Es braucht gute Unterstützungsangebote, die wir entwickelt haben. Das Verständnis aller ist aber groß, denn jede Mitarbeiterin und jeder Mitarbeiter hat verstanden, dass digitale Souveränität kein nice to have ist, sondern es für einen Staat zwingend erforderlich ist, sich aus technologischen und wirtschaftlichen Abhängigkeiten zu lösen. Es braucht also ein klares Bild, wohin die Reise geht.

Die Zusammenarbeit zwischen dem Projektteam in der Staatskanzlei, unserem Dienstleister und den Unternehmen hat sich in der Umstiegsphase und gerade, wenn unvorhersehbare Herausforderungen auftraten, als besonders vertrauensvoll und agil herausgestellt. Schnell konnten wir in den direkten Austausch gehen und gemeinsam Lösungen erarbeiten.

In der EU fordern maßgebliche Akteure Privilegierung europäischer Anbieter bei der Beschaffung - welche Regeln halten Sie hier für sinnvoll?

Ich halte einen „Open Source first“-Ansatz für den richtigen Weg. Das ist erst einmal nicht zwingend ein EU Thema. Viele glauben, durch einen „buy-european“ Ansatz würden wir digitale Souveränität erreichen, aber es ergibt wenig Sinn, eine proprietäre durch eine andere proprietäre Abhängigkeit zu ersetzen. Deshalb ist die „buy-european“-Debatte verengt. Echte digitale Souveränität erreichen wir nur mit dem Einsatz von Open-Source-Lösungen. Wir müssen also Open-Source-Lösungen bei der Vergabe von IT-Leistungen priorisieren und ihnen den Vorrang geben – auch im Sinne einer anderen Industriepolitik für die Digitalwirtschaft. Das können und müssen wir auch gesetzlich vorgeben. In Schleswig-Holstein haben wir das beispielsweise in unserem E-Government-Gesetz getan. Wir müssen weg von immer neuen Förderprogrammen, die nur kurzfristig wirken, und hin zu Entwicklungs- und Supportaufträgen für Open-Source-Hersteller. Dann hätten wir auch weniger Lizenzgebühren für Microsoft und Co. zu zahlen, die wir gezielt einsetzen können, um eine europäische Industriepolitik für die Open-Source-Unternehmen zu machen. Studien zufolge könnte bereits ein zehnprozentiger Anstieg der EU-weiten Ausgaben für Open-Source-Lösungen bis zu 0,6 Prozent zusätzliches Wachstum in der EU bewirken. Das ist ein wahnsinnig starker Hebel, den wir unbedingt nutzen müssen.

Insbesondere Open-Source-Lösungen können bei der Infrastruktur eine Schlüsselrolle spielen - wie sehen Sie das?

Ich kann es gar nicht oft genug betonen: Digitale Souveränität ist nur und ausschließlich mit der Nutzung von Open-Source-Lösungen erreichbar. Nur so gelingt es, eine vielfältige IT-Anbieterlandschaft zu haben, die für Wettbewerb und Innovation sorgt

und damit Abhängigkeiten technologischer und wirtschaftlicher Art vermeidet. Digitale Souveränität ist ohne den Einsatz von Open Source nicht erreichbar.

In Schleswig-Holstein umfasst der ganzheitliche Umstiegsprozess verschiedene strategische Säulen eines digitalen Arbeitsplatzes: LibreOffice ersetzt Microsoft Office. Open-Xchange und Thunderbird ersetzen die bisher genutzten Systeme MS Exchange und Outlook. Nextcloud ist unser neues Kollaborationstool. Der Einsatz des Linux-Betriebssystems statt Windows befindet sich aktuell in der Pilotphase. Wir nutzen darüber hinaus bei Videokonferenzen das Open-Source-Konferenzsystem Opentalk. Und als weitere Säule werden die Telefoniesysteme mit einer Open-Source-Alternative neu entwickelt.

Die EU will und soll digital unabhängig werden. Wie sehen Sie die Chancen dafür in welchem Zeithorizont?

Der Fall am Internationalen Strafgerichtshof im vergangenen Jahr hatte auch auf EU-Ebene – leider – eindrucksvoll gezeigt, wie abhängig Institutionen, Regierungen und ebenso privatwirtschaftliche Unternehmen von proprietärer Software sind – häufig bereitgestellt von nur wenigen globalen Technologiekonzernen. In einer Zeit, in der die Grundlagen unserer regelbasierten Ordnung unter Druck geraten und sogar ernsthaft in Frage stehen, muss das klare – und dringende – Konsequenzen für den digitalen Raum haben. Staatliche Souveränität entscheidet sich heute nicht mehr allein an militärischer Stärke und der Fähigkeit, Recht und Ordnung im Innern durchsetzen zu können, sondern an der Fähigkeit, digitale Systeme und Infrastrukturen selbst steuern, kontrollieren und weiterentwickeln zu können und Herr über die staatliche Datenhaltung zu sein. Ich bin sicher, dies wurde auch auf EU-Ebene erkannt.

Der Weg zur digitalen Souveränität ist weder kurz noch einfach. Aber er ist notwendig, machbar, wirtschaftlich tragfähig und eine gemeinsame europäische Aufgabe. Jede Region, jede Regierung, jede Institution und jedes Unternehmen muss den eigenen individuellen Weg und Zeithorizont in die digitale Souveränität finden. In Schleswig-Holstein sind wir vorangegangen und schreiben die Blaupause mit den strategi-

schen Schritten, aber auch allen Herausforderungen, die zu überwinden sind.

Wir merken bei den zahlreichen Anfragen, die wir von Regionen, Institutionen oder auch Unternehmen europaweit erhalten und die wissen wollen, wie wir vorankommen, dass etwas in Bewegung gekommen ist. Die aktuelle Entscheidung des Internationalen Strafgerichtshofes, statt des digitalen Arbeitsplatzes von Microsoft künftig Open Desk von ZenDiS zu nutzen, ist ein weiteres konkretes Beispiel, wie sich das Mindset insgesamt langsam zu ändern scheint. Kurzum: Die Zeit ist reif, die Chancen sind groß.

DEBATTENBEITRAG

08.04.2026 | INTERVIEW

DIE VERSCHIEDENEN TECHNISCHEN SCHICHTEN DIGITALER SOUVERÄNITÄT

Über schon bestehende gute Regeln - und Hürden auf verschiedenen Ebenen



Dr. Thomas Weninger - Generalsekretär, Österreichischer Städtebund [Quelle: Markus Wache]

In Sachen Digitale Souveränität findet Dr. Thomas Weninger vom Österreichischen Städtebund es "gut, dass die Ernsthaftigkeit der Thematik erkannt wurde und nun auch auf der politischen Agenda steht". Eine vollständige digitale Unabhängigkeit erscheint ihm aber - zumindest kurz- bis mittelfristig - unrealistisch. Er nennt verschiedene Ebenen des Themenkomplexes und die Chancen und Herausforderungen.

Die EU will und soll digital unabhängig werden. Wie sehen Sie die Chancen dafür in welchem Zeithorizont?

Das Ziel, die digitale Abhängigkeit zu reduzieren ist richtig und wichtig. Eine vollstän-

dige digitale Unabhängigkeit erscheint mir aber - zumindest kurz- bis mittelfristig - unrealistisch. Man muss die verschiedenen technischen Schichten digitaler Souveränität betrachten. Ich verweise hier auf eine sehr gute Darstellung im Abschnitt "Digitale Souveränität für Österreich" des "Digitalen Aktionsplans", der bereits 2023 beschlossen wurde, zu einem Zeitpunkt also, als dieses Thema noch nicht in diesem Umfang in aller Munde war. Im Bereich von Betriebssystemen, Software und Betriebsszenarien - damit meine ich insbesondere Cloud Computing in den verschiedensten Ausprägungen - könnte eine weitgehende Unabhängigkeit gelingen. Einzelne öffentliche Einrichtungen wie bei uns in Österreich beispielsweise das Bundesministerium für Landesverteidigung zeigen das vor.

Die größte Hürde stellt aus meiner Sicht auch nicht die Software und deren Funktionsumfang dar, sondern vielmehr die Nutzerinnen und Nutzer, für die ein Umstieg auch ein Umdenken und Umlernen und teilweise vielleicht - zumindest vorübergehend - auch einen Komfortverlust bedeutet. Bei der Datenhaltung, ebenfalls eine technologische Ebene, wird aufzupassen sein, nicht von einer Abhängigkeit in die nächste Abhängigkeit zu tappen. Gerade eine enge Verzahnung von Daten und Anwendungen, die heute nach wie vor häufig geschieht, schafft Abhängigkeit, dem sogenannten "vendor lock in". Und dann gibt es noch die nicht außer Acht zu lassende Ebene der Hardware mit ihren Mikrochips. Hier sehe ich eigentlich den größten Abhängigkeitsfaktor, denn diese teilweise sehr spezifischen Prozessoren und Komponenten sind nicht einfach so zu ersetzen und sie stellen die unabdingbare Basis dar. Ebenfalls eine bedeutende technologische Schicht stellen Netze und ganz generell die Kommunikationsinfrastrukturen, letztendlich das Internet und seine Trägermedien, dar. Bei weitgehend privatisierten Netzwerken und den vielen internationalen Internet-Providern stelle ich es mir auch problematisch vor, als Staat digital souverän zu werden. Insgesamt gestaltet sich aus meiner Sicht die Reduktion der digitalen Abhängigkeit daher als echte Herkulesaufgabe - aber es ist gut, dass die Ernsthaftigkeit der Thematik erkannt wurde und nun auch auf der politischen Agenda steht.

Als ein wichtiges Element gilt die Privilegierung europäischer Anbieter bei der

Beschaffung - welche Regeln halten Sie hier für sinnvoll?

Es gibt für Digitalanbieter bereits gute Regelwerke auf Europäischer Ebene und ich meine es ist bei Beschaffungsvorgängen nicht nur darauf zu bestehen, dass diese verbindlich eingehalten werden, sondern es ist auch der Nachweis einer Einhaltung einzufordern. Eine "Privilegierung" europäischer Anbieter bei der Beschaffung ist auch jetzt schon indirekt möglich, indem Voraussetzungen - wie beispielsweise eine 100%ige Einhaltung der Datenschutzgrundverordnung oder eine verbindliche Bestätigung, dass ein Zugriff auf Daten, die innerhalb der europäischen Union liegen, außer auf Grundlage europäischer Rechtsinstrumente (z.B. gerichtliche Anordnung), ausgeschlossen wird. Ich denke, dass eine derartige Zusage beispielsweise vor dem Hintergrund des "Patriot Acts" von keinem US-amerikanischen Unternehmen verbindlich abgegeben werden kann.

Open-Source-Lösungen können bei der Infrastruktur eine Schlüsselrolle spielen - wie sehen Sie das?

Open Souce Lösungen stellen grundsätzlich eine spannende Alternative dar, aber die Kernfrage ist nicht, ob der Quellcode einer Software offen ist sondern unter welcher Kontrolle die Software steht. Auch außereuropäische Hersteller produzieren Open Source Software und nur weil der Quellcode einsichtig ist bedeutet dies noch lange nicht automatisch, dass keine Abhängigkeit entstehen kann oder die Software beliebig eingesetzt oder sogar verändert werden kann.

Natürlich bringt Open Souce Software den Vorteil, dass durch die Einsichtigkeit des Quellcodes z.B. Schadcode leichter identifiziert werden kann oder eine Integration mit anderen Anwendungen leichter möglich wird. So gesehen trägt Open Source natürlich zu einer Reduktion von Abhängigkeiten bei.

Als Gefahr sehen Experten sogenanntes „Souveränitäts-Washing“ durch US-Tech-Riesen mit Lösungen in der EU. Was sagen Sie dazu?

Wie ich schon bei Ihrer zweiten Fragestellung ausgeführt habe, sehe ich diese Gefahr durchaus als gegeben, doch kann dem beispielsweise durch eine nationale oder euro-

päische Zertifizierung, an welche die Zulässigkeit einer Verwendung im öffentlichen Sektor geknüpft wird, begegnet werden. Die Anforderungen an so eine Zertifizierung könnten dann dahingehend ausgelegt werden, dass ein "Souveränitäts-Washing", wie Sie es bezeichnen, auf legalem Wege nicht mehr möglich ist.

DEBATTENBEITRAG

14.04.2026 | INTERVIEW

WIE THÜRINGEN DEN WEG ZUR WEITGEHENDEN DIGITALE SOUVERÄNITÄT SUCHT

Über die Thüringer VerwaltungscLOUD und andere Alternativen zu den US-Konzern-Lösungen



Steffen Schütz - Thüringer Minister für Digitales und Infrastruktur [Quelle: TSK]

"Thüringen verfolgt ähnlich wie Schleswig-Holstein das Ziel, die starken Abhängigkeiten von einzelnen, außereuropäischen Softwareanbietern merklich zu reduzieren", betont der Thüringer Digital-Minister Steffen Schütz (BSW). Er nennt eine Reihe von Beispielen aus dem Freistaat, spricht aber auch offen über die derzeitigen Grenzen der alternativen Lösungen.

Ihr Bundesland gilt als Vorreiter in Sachen Digitaler Souveränität - welche Erfahrungen haben Sie mit der Umstellung auf Tech-Riesen-unabhängige Systeme gemacht?

Hierzu wurden in der Landesverwaltung bereits verschiedene Vorhaben gestartet. Thüringen hat als erstes Bundesland eine eigene Verwaltungscld auf Basis von Open-Source-Software OpenStack aufgebaut und in Betrieb genommen. Die Thüringer Verwaltungscld, ThVC, läuft im landeseigenen Rechenzentrum und ermöglicht es den Behörden und Einrichtungen, ihre Fachverfahren auf einer flexiblen und leistungsfähigen Cloud-Infrastruktur betreiben zu können. Ein Teil der Cloud wird auch den Thüringer Kommunen nutzbar gemacht, um eine standardisierte Infrastruktur zu bieten und die weitere Digitalisierung der Thüringer Kommunen in einer einheitlichen Cloud-Infrastruktur effizienter umzusetzen. Thüringen hat mit der ThVC den zweiten Platz beim Open-Source-Wettbewerb erreichen können. Das zeigt, dass die Thüringer Lösung bundesweite Anerkennung genießt und durchaus Vorbildcharakter hat. Thüringen setzt seit vielen Jahren erfolgreich auf bewährte Open-Source-Lösungen, die zentral im Thüringer Landesrechenzentrum betrieben werden. Hierzu zählen zum Beispiel: Nextcloud als Alternative zu Sharepoint, OpenProjekt als Alternative zu Jira und OpenTalk als Alternative zu WebEx, Teams.

In der EU fordern maßgebliche Akteure eine Privilegierung europäischer Anbieter bei der Beschaffung - welche Regeln halten Sie hier für sinnvoll?

Der Vorrang von Open-Source-Lösungen ist bereits im Thüringer E-Government-Gesetz und im Thüringer Vergabegesetz verankert. Im Vergabegesetz heißt es: „Dort, wo es technisch möglich und wirtschaftlich ist, soll der Einsatz von Open-Source-Software vorrangig erfolgen. Darüber hinaus sollen auch die Aspekte Bedienbarkeit, Zukunftssicherheit, Interoperabilität und IT-Sicherheit berücksichtigt werden. Unter Open-Source-Produkten sind solche Produkte zu verstehen, deren Quellcode öffentlich zugänglich ist und deren Lizenz die Verwendung, Weitergabe und Veränderung nicht einschränkt.“ Auf europäischer Ebene würde ich allein schon aus sicherheits- und wirtschaftspolitischer Sicht ähnliche Lösungen begrüßen. Uns ist jedoch bewusst, dass eine Privilegierung europäischer Anbieter in der öffentlichen Beschaffung den aktuellen europäischen Wettbewerbsbedingungen widerspricht. Aus meiner Sicht wäre jedoch eine Anpassung des EU-Vergaberecht dahingehend sinnvoll, dass konkrete technische und rechtliche Anforderungen an digitale Souveränität

gestellt werden, wie zum Beispiel offene Standards, Interoperabilität, europäische Kontrolle über die Infrastruktur und die Datenspeicherung sowie die gezielte Förderung europäischer IT-Ökosysteme.

Insbesondere Open-Source-Lösungen können bei der Infrastruktur eine Schlüsselrolle spielen - wie sehen Sie das?

Thüringen verfolgt ähnlich wie Schleswig-Holstein das Ziel, die starken Abhängigkeiten von einzelnen, außereuropäischen Softwareanbietern merklich zu reduzieren. Es sollen keine neuen Abhängigkeiten eingegangen werden, insbesondere nicht im datensensiblen Cloud-Umfeld. Grundsätzlich gilt das Prinzip, Open-Source-Produkte dort einzusetzen, wo es wirtschaftlich sinnvoll und technisch möglich ist.

Die erforderlichen Open-Source-Werkzeuge zur Stärkung der digitalen Souveränität liegen in Thüringen bereit. Wir müssen einige Instrumente jedoch noch an die Bedürfnisse der Verwaltung und dort betriebene Fachverfahren anpassen. Der Landesregierung ist es zudem wichtig, die mittelständische geprägte Thüringer IT-Wirtschaft in den Transformationsprozess zu Verstärkung der digitalen Souveränität einzubeziehen. Denn klar ist: OpenSource ist nicht kostenlos. Hier bietet sich die Möglichkeit, dass durch Anpassungen und Weiterentwicklung von Open-Source-Software sowie Dienstleistungen vor Ort Wertschöpfung generiert und der IT-Standort Thüringen gestärkt wird.

Aktuell ist die Landesverwaltung auf diverse Produkte von proprietären Herstellern angewiesen. 20.000 Mitarbeitende der Thüringer Verwaltung arbeiten z.B. täglich mit dem Office Paket von Microsoft. Wir prüfen den Einsatz von alternativen Open-Source-Lösungen. Grundlage sind die Beschlüsse der Digitalministerkonferenz und des IT-Planungsrats. Die Erfahrungen aus Schleswig-Holstein sind hierbei für uns sehr lehrreich. Ob sich Open-Source-Alternativen mit Blick auf Nutzerfreundlichkeit, technische Leistungsfähigkeit und Kostenersparnis im Vergleich mit Microsoft Office bewähren, werden die Tests zeigen. Hier gibt es aktuell keine Vorfestlegung.

Die EU will und soll digital unabhängig werden. Wie sehen Sie die Chancen dafür in welchem Zeithorizont?

Ich betrachte das realistisch. Digitale Souveränität ist weder für Thüringen noch für die EU hundertprozentig erreichbar. Wenn es uns kurz- bis mittelfristig gelänge, eine strategische Unabhängigkeit in digitalen Schlüsselbereichen wie Clouds, Netze, Chips, sicherheitsrelevanter Software und KI zu erreichen, wäre das ein Riesenerfolg. Projekte wie GAIA-X für eine souveräne Dateninfrastruktur, den European Chips Act zur Verbesserung der europäischen Halbleiterproduktion und -versorgung und die gezielte Förderung eines europäischen IT-Ökosystems könnten in den nächsten zehn Jahren spürbare Fortschritte bringen. Die digitale Unabhängigkeit der EU ist kein Zustand, sondern ein Prozess, der mit einem klaren politischen Fokus verfolgt werden sollte.

IMPRESSUM

Herausgeber

Barthel Marquardt GbR
Am Steinberg 21
06237 Leuna

E-Mail: marquardt@meinungsbarometer.info
www.meinungsbarometer.info

V.i.S.d.P.

Dipl.-Journ. Nikola Marquardt

Idee, Konzept, Projektleitung

Dipl.-Journ. Thomas Barthel

Redaktion

Barthel Marquardt GbR

Diese Dokumentation darf nicht - auch nicht in Auszügen - ohne schriftliche Erlaubnis der Redaktion vervielfältigt und verbreitet werden. Die Dokumentation wurde mit größtmöglicher Sorgfalt zusammengestellt. Trotzdem können wir für die enthaltenen Informationen keine Garantie übernehmen. Die Redaktion schließt jegliche Haftung für Schäden aus, die aus der Nutzung von Informationen dieser Dokumentation herrühren.